

Was Tschechen und Sudetendeutsche bis heute trennt

70 Jahre nach dem Massaker von Aussig spaltet der ehemalige tschechoslowakische Präsident Beneš noch immer die Meinungen von Tschechen und Sudetendeutschen. In Tschechien wird er verehrt – für Sudetendeutsche ist er verantwortlich für Gräueltaten.

31.07.2015

„Wir vergeben und wir bitten um Vergebung“ – mit diesem Satz in einem Brief an ihre deutschen Amtsbrüder leiteten die katholischen Bischöfe Polens im November 1965 die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen ein. In der Tschechischen Republik dauerte es bis zu einer vergleichbaren Initiative 25 Jahre länger.

Kurz nach dem Sturz des kommunistischen Regimes, am 11. Januar 1990, rief der damalige Prager Erzbischof, Kardinal František Tomášek, zur Versöhnung auf. In einem Brief an die deutschen Bischöfe nannte er die Vertreibung der Deutschen eine „gesetzwidrige und unmenschliche Tat“.

In den Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und Deutschland vergingen weitere 17 Jahre bis zur „Deutsch-Tschechischen Erklärung“, in der beide Seiten begangenes Unrecht jedoch lediglich bedauerten und zugleich versicherten, „dass sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden“.

Ursachen und Folgen

Seither gab es immer wieder Initiativen der Aussöhnung, aber sie blieben auf die Ebene der tschechischen Städte und Gemeinden beschränkt. Im Mai dieses Jahres bat der Brünner Stadtrat um Entschuldigung für den „Racheakt“ des Todesmarsches, der „eine Vergeltung für Nazi-Verbrechen sein sollte“. Prompt hagelte es Kritik von der sozialdemokratischen Regierungspartei und der oppositionellen konservativen **ODS**.

Is der stellvertretende Ministerpräsident Pavel Bělobrádek vorige Woche als erster ranghoher tschechischer Politiker das Sudetendeutsche Haus in München besuchte und einen Kranz für die Opfer der Vertreibung niederlegte, fühlte sich der sozialdemokratische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka sogleich zur Distanzierung verpflichtet. Die Geste sei nicht von der tschechischen Regierung gebilligt worden.

Sobotka warnte davor, „Ursachen und Folgen“ in den deutsch-tschechischen Beziehungen zu übersehen: „Es war Nazi-Deutschland, das die demokratische Tschechoslowakei zerschlug und den Zweiten Weltkrieg entfacht hat.“

Das deutsche Problem liquidieren

Der 31. Juli ist der 70. Jahrestag des Massakers von Aussig (Ústí nad Labem). Am Nachmittag des 31. Juli 1945 war auf dem Gelände einer ehemaligen Zuckerfabrik im Ortsteil Schönriesen ein Munitionsdepot explodiert. Auf das Gerücht, Saboteure vom „Werwolf“ hätten die Katastrophe verursacht, kam es in der Stadt zu pogromartigen Ausschreitungen

gegen die Deutschen. Das Gerücht passte zu dem Versprechen des tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš, „dass wir das deutsche Problem in unserer Republik ein und für alle Mal liquidieren werden“.

Angehörige der tschechischen Revolutionsgarden, Soldaten sowie rund dreihundert „Zivilisten“, die erst an diesem Tag mit einem Zug aus Prag angekommen waren, gingen sofort mit brutaler Gewalt gegen alle Deutschen vor, die sie antrafen, Kinder und Frauen inbegriffen.

Häuser und Geschäfte wurden durchkämmt, auf dem Bahnhofsvorplatz und auf dem Ringplatz wurde mit Knüppeln und Stangen auf Passanten eingeschlagen. Schüsse fielen, einige der Deutschen, die der Mob durch die Straßen gejagt hatte, wurden in einem Feuerlöschteich ertränkt. Wie viele Menschen bei den Ausschreitungen ums Leben kamen, konnte nie zweifelsfrei geklärt werden. 40 bis 100 Tote wurden genannt, aber auch 200 und mehr.

Keine Leugnung, keine Relativierung

Der schlimmste Vorfall ereignete sich auf der Brücke über die Elbe bei Schreckenstein, wo deutsche Arbeiter, die von der Schicht nach Hause gingen, abgefangen und in die Elbe geworfen wurden. Auf die im Wasser Treibenden wurde geschossen.

Vor zehn Jahren enthüllte der damalige tschechische Außenminister Cyril Svoboda an der Brücke eine Gedenktafel in tschechischer und deutscher Sprache mit der Inschrift: „Zum Gedenken an die Opfer der Gewalt vom 31. Juli 1945“. Die Brücke über die Elbe war damals nach Edvard Beneš benannt – und sie ist es heute noch. Keine Stadt in Böhmen hat sich seit der Wende von 1989 so intensiv und aufrichtig mit ihrer Vergangenheit auseinandergesetzt wie Aussig.

Die Vertreibungsverbrechen werden weder gelehnet noch relativiert. Das 2006 gegründete Collegium Bohemicum beschäftigt sich auf vorbildliche Weise mit der Geschichte der Deutschen in Böhmen und ihren Beziehungen zu den Tschechen. In Aussig soll ein „Museum der Geschichte und der Kultur der Deutschen in den böhmischen Ländern“ entstehen.

Ein guter Deutscher

Dennoch hatte auch der jüngste Anlauf von Sudetendeutschen, von der Stadt die Umbenennung der Brücke zu erreichen, keine Aussicht auf Erfolg. Beneš, so heißt es in einem Brief, den Gerolf Fritsche aus Offenbach „als noch in Aussig geborener deutscher Bürger der Stadt“ an den Bürgermeister richtete, „mag zwar in den Augen vieler tschechischer Bürger Verdienste haben, aber im Hinblick auf die internationale Verständigung ist die Beibehaltung des Namens“ eine „zunehmende Belastung“.

Beneš hatte die Nachkriegsdekrete zur Entrechtung und Enteignung der Sudetendeutschen erlassen. Auch das bis heute gültige Rechtfertigungsgesetz, mit dem an den Deutschen begangene Verbrechen bis hin zum Massenmord als „nicht widerrechtlich“ erklärt wurden, stammt aus seiner Amtszeit.

Fritsche schlug vor, die Brücke nach Leopold Pölzl zu benennen, dem langjährigen, aus Niederösterreich stammenden sozialdemokratischen Oberbürgermeister der Stadt und bekannten Nazi-Gegner. Pölzl wurde immer wieder von tschechischen Sozialdemokraten, unter ihnen auch vom gegenwärtigen Präsidenten Miloš Zeman, ein „guter Deutscher“ genannt.

Verdient um den Staat?

1936 hatte Pölzl noch selbst als Oberbürgermeister die Edvard-Beneš-Brücke eröffnet. Sie möge, sagte er damals, Deutsche und Tschechen miteinander verbinden. Nach der Annexion des Sudetenlandes wurde Pölzl von der Gestapo verhaftet. Er starb 1944 an den Spätfolgen der erlittenen Folterungen. Die Vertreibung, die ungeachtet der gegenteiligen Bekundungen des damaligen tschechoslowakischen Präsidenten und seiner heutigen Anhänger auch „Antifaschisten“ erfasste, blieb ihm erspart.

Als Integrationsfigur deutscher und tschechischer Hitler-Gegner würde sich Pölzl zweifellos gut eignen. Aber eine gegen Edvard Beneš gerichtete Initiative ist in der Tschechischen Republik auch heute noch so gut wie aussichtslos.

Im Februar 2004, auf dem Höhepunkt der internationalen Debatte über die Beneš-Dekrete, nahm das tschechische Abgeordnetenhaus mit großer Mehrheit ein Gesetz zur Ehrung des 1948 verstorbenen tschechischen Politikers an. Seither ist der Satz „Edvard Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht“ Teil der tschechischen Rechtsordnung.

Quelle: F.A.Z